

NEWSLETTER - April 2016

Gründung der Landeselternschaft integrierter Schulen in NRW kurz LEiS-NRW e.V.

„NRW braucht eine wahrnehmbare, kompetente und kampagnenfähige Landesvertretung der Elternschaft aller integrativen Schulen im Land.“

Von diesem Gedanken geleitet trafen sich am Samstag, den 23.04.2016 insgesamt 76 Elternvertreter und interessierte Gäste, im Handwerkerhof des Bürgerzentrums Köln-Chorweiler, um die Landeselternschaft der integrativen Schulen in NRW (kurz LEiS-NRW) zu gründen. Damit wird die Elternvertretung u.a. der Gesamt-, Gemeinschafts- und Sekundarschulen erstmals unter einem Dach gebündelt.



Gruppenbild der Gründungsversammlung am 23.04.2016

Zum Vorsitzenden wurde der 47 jährige Unternehmensberater **Ralf Radke** aus Köln gewählt. Die stellvertretenden Vorsitzenden sind **Birgit Schelmann** aus Bad Salzuflen sowie **Claudia Wichmann** aus Krefeld. Zum Schatzmeister wurde der Beigeordnete der Stadt Kevelaer **Marc Buchholz** bestimmt. Die weiteren Vorstandsmitglieder sind: **Rainer Dahlhaus, Galip Genc, Bernd Krenzin und Nadine Schlünder**.

Zur ersten inhaltlichen Verortung des neuen Vereines beschlossen die Gründungsmitglieder mit der „Kölner Erklärung“ fünf zentrale Forderungen zur aktuellen Situation der integrativen Schulen.



- Ungleiches ungleich behandeln!
Je nach Standort und Zusammensetzung ihrer Schülerschaft haben die Schulen in unserem Land sehr unterschiedliche pädagogische Herausforderungen zu bewältigen. Gerade unsere integrierten Schulen leisten hier hervorragende Arbeit. Daher ist es aus unserer Sicht nur zeitgemäß, Schulen mit besonders herausfordernden Aufgaben auch mit zusätzlichen Personal- und Sachressourcen auszustatten. **Wir fordern die Landesregierung und den nordrhein-westfälischen Landtag deswegen auf, zur Ausstattung der Schulen so schnell wie möglich einen Sozialindex einzuführen, der eine spürbare Besserstellung der Schulen mit besonders herausfordernden Arbeitsbedingungen bewirkt.**

Kölner Erklärung vom 23. April 2016

Im Blick auf die derzeitige schulpolitische Situation im Lande geben diese Eltern die folgende Erklärung ab:

- Wir Eltern müssen in nicht wenigen Fällen feststellen, dass der bauliche Zustand und die Ausstattung der Schulen für die Schülerinnen und Schüler wie für die Lehrkräfte unzumutbar sind. **Wir fordern das Schulministerium deswegen auf, Regelungen zu treffen, die die Schulträger vor Ort verpflichten, hier erforderlichenfalls für Abhilfe zu sorgen.**
- Wir Eltern beobachten die Entwicklung der Schulstruktur in NRW einschließlich der Neugründung integrierter Schulen mit großer Aufmerksamkeit. Dabei fällt uns auf, dass an nicht wenigen Orten lokale Schulträger Entscheidungen treffen, die geeignet sind unseren Schulen zu schaden, weil lokale Egoismen eine regional abgestimmte Planung verhindern. **Wir fordern das Schulministerium deswegen auf, Regelungen zu treffen, die die Schulträger vor Ort zu einer regional abgestimmten Schulstrukturentwicklung verpflichten.**
- Nach wie vor werden von Realschulen und Gymnasien in bedrückendem Umfang Schülerinnen und Schüler abgeschult. Besonders dann, wenn das gegliederte Schulsystem keine Hauptschulen mehr umfasst, wird von den integrierten Schulen erwartet, sich dieser Schülerinnen und Schüler anzunehmen - auch dann, wenn diese Schulen voll sind. In einem solchen Fall wird oft erwartet, zusätzliche Klassen zu bilden und die Schülerinnen und Schüler der bestehenden Klassen aufzuteilen. Dies widerspricht den pädagogischen Prinzipien unserer Schulen eklatant. **Wir fordern das Schulministerium deswegen auf, Regelungen zu treffen, die die Empfehlung der Bildungskonferenz wirksam umsetzen, wonach jede Schule die von ihr aufgenommenen Schülerinnen und Schüler bis zu einem ersten Schulabschluss der Sekundarstufe I zu führen hat („Kultur des Behaltens“).**
- Unsere integrierten Schulen nehmen mit großem Engagement den Auftrag an, Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf und Flüchtlingskinder in das Schulleben und den Unterricht zu integrieren. Diese Aufgaben erfordern allerdings zusätzliche Ressourcen, um Klassen deutlich verkleinern zu können und den Unterricht in erheblichem Umfang doppelt besetzen zu können. **Wir fordern die Landesregierung und den nordrhein-westfälischen Landtag deswegen auf, diese Ressourcen in einem Umfang zur Verfügung zu stellen, der eine erfolgreiche Arbeit in diesen Klassen ermöglicht.**